M u s t e r m a n n, Max – Strasse [Haus.-Nr.], [PLZ] Stadt

An VORNAME NAME

bei:Standesamt xyz

Strasse, Haus-Nr.

PLZ, Stadt

Ort, xx. Monat, 2017

**Berichtigung des Geburtenregisters
Einseitige Willenserklärung**

Sehr geehrte Frau/Herr xyz,

als **nachgewiesener gesetzlicher und aktivlegitimierter Deutscher** (**N**atürliche Person) **beauftrage** ich Sie hiermit um die **Berichtigung des Geburtenregisters in der Stammakte**.

Sehen Sie hierzu in der Anlage den Staatsangehörigkeitsausweis (Nr. xxx, LRA xyz) und den Auszug aus dem EStA-Register (Nr. xxx) des Bundesverwaltungsamts in Köln.
Sehen Sie hierzu meinen Feststellungsauftrag, hier die Punkte 3.8, 4.2 und 4.3.

Gemäß § 119 BGB widerspreche ich hiermit der Bezeichnung „**deutsch**“: Ich widerspreche auch, dass die Verwaltung der BRD (hier: Vereintes Wirtschaftsgebiet; GERMANY) die von ihr selbst erschaffene Juristische Person (hier: MAX MUSTERMANN) weiterhin für ihre Zwecke & den Handel mit Dritten (be)nutzt.

Sehen Sie hierzu ergänzend den Art. 10 EGBGB und den § 21 PStG, Abs. (3), Punkt 5.
Gemäß dem Artikel 10 EGBGB steht somit der Name dem Staat zu, dem er angehört.
Der Nachweis, **welchem** Staat ich angehöre, wurde über die Abstammung der Familie xxx bis ins Jahr yyyy bei der Behörde XYZ, durch **Wiedereinbürgerung in die Bundesstaaten** des Völker-rechtssubjekts Deutsche Reich (1871 – 1914/18), sowie durch den ausgelösten **Verwaltungsakt** (hier: EStA-Registerauszug nebst Behördenkennziffer, Bonn) über das Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln, unter der Registernummer xxxx, bestätigt. Dies ist somit dort für jeden BRD-Behörden-Bediensteten überprüfbar!

**Eine gesetzliche Staatsangehörigkeit der BRD ist nachweislich nicht gegeben**, lediglich eine verwaltungstechnische StAG.

Sehen Sie hierzu auch den **TESO-Beschluss** des **BVerfG Nr. 77,137**.
<http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv077137.html>

Aus dem Geburtenregister ergeben sich folgende Unrichtigkeiten, die Sie unverzüglich gemäß den **§§ 47, 48 PstG, 1617 BGB, dem Artikel 47 EGBGB** und folgenden höchstrichterlichen Entscheidungen zu berichtigen haben:

„Mit der Menschenwürde ist der soziale Wert- und Achtungsanspruch gemeint, der dem Menschen wegen seines Menschseins zukommt.“ **[BVerfGE 87, 209/228]**

„Daraus folgt, dass der Mensch als gleichberechtigtes Glied mit Eigenwert anerkannt wird und als Mensch (Subjekt) behandelt werden muss.“ **[BVerfGE 45, 187/228]**

„Insoweit steht dem Menschen ein Elementarschutz zu, weshalb alle Handlungen verboten sind, mit der die aus der Menschenwürde fließende Subjektqualität verletzt werden könnte.“ - „Verboten ist daher auch, Menschen als Objekt, also als unechte Person zu behandeln.“ **[BVerfGE 63, 332/337].**

„Verstößt ein Gesetz hiergegen und verletzt es die ewigen Normen des Naturrechts, so ist dieses Gesetz seines Inhalts wegen nicht mehr dem Recht gleichzusetzen. Es entbehrt nicht nur der ver-pflichtenden Kraft für den Staatsbürger, sondern es ist rechtsungültig und darf von ihm nicht befolgt werden. Sein Unrechtsgehalt ist dann so erheblich, dass es niemals zur Würde des Rechts gelangen kann, obwohl der Gesetzgeber diesen Inhalt in die äußerlich gültige Form eines Gesetzes gekleidet hat.“
**[LG Frankfurt am Main, 4a Js 3/46 – 4 Kls 7/46 vom 21.3.1947]**

**Und daher analog zu ändern und zu korrigieren sind…!**

Ein Geburtseintrag kann sogar unrichtig sein, wenn die Anmeldung der Eltern **nicht deren wahren Willen entspricht.** (Münchner Kommentar zum BGB, 5. Auflage, nach 1618 Rn 8).**Schreibfehler und Unwissenheit sind somit auf jeden Fall hier schon zu korrigieren. E**ine Kosten-entscheidung ist gemäß §§ 81 FamFG, 51 Abs.2 PstG daher nicht veranlasst.

Nach § 51 Abs. 1, Satz 2 des PStG ist die Aufsichtsbehörde von den Gerichtskosten befreit. Es be-steht daher kein Anlass, eine Erstattung außergerichtlicher Kosten anzuordnen.

Falls diese Beauftragung nicht innerhalb von sieben (7) Tagen seitens des Standesamts xyz, unter Anwendung von gültigem Deutschen Recht, widerlegt wird, wird diese Beauftragung nach zehn (10) Tagen zum Urteil.

Ergänzend beauftrage ich Sie hiermit um Zustellung einer beglaubigten Kopie des berichtigten Geburtenauszugs mit Dienstsiegel und rechtsverbindlicher Unterschrift bis zu xxx.

Dieses Schreiben, nebst den Anlagen, fügen Sie der Sammelakte zu meiner Person hinzu.

Mit freundlichen Grüßen

M u s t e r m a n n, Max

Anlagen:
Staatsangehörigkeitsausweis

EStA-Regsiterauszug BVA
Geburtenregister-Auszug